

Lokales

Bei zwei

Geschossen

ist Schluss

Bad Soden. Das Parlament hat grünes Licht für das geplante Projekt mit Reitanlage und Wohnbebauung auf der Wilhelmshöhe gegeben. Nach der Kontroverse im Bauausschuss wegen der Höhe der Einfamilien- und Doppelhäuser (wir berichteten), verständigten sich die Stadtverordneten am Mittwoch auf einen Kompromiss. Danach hält das Parlament mehrheitlich an dem städtebaulichen Konzept fest, das 60 Wohneinheiten vorsieht. Es verlangt jedoch, dass die Verwaltung eine abgeänderte Planung vorlegt, in der die Höhe der Gebäude auf zwei Geschosse reduziert wird und die Flachdächer mit der Dachbegrünung beibehalten werden. Die Grünen stimmten gegen den Beschluss, die FDP enthielt sich. So ist der Weg frei für eine frühzeitige Bürgerbeteiligung an dem Vorentwurf des Bebauungsplanes „An den Holzwegen/Im **Sauwald**“.

Eine Stunde vor Beginn der Stadtverordnetenversammlung hatte sich der Bauausschuss noch einmal zusammengesetzt, um über die kritischen Punkte der Magistratsvorlage zu beraten und den Kollegen im Parlament eine Empfehlung zu geben. „Wir müssen heute eine Richtung vorgeben“, mahnte Bürgermeister Norbert Altenkamp (CDU). Er verspreche sich davon, „dass diese Flexibilität auch übertragen wird“. Arwed Gamer (CDU) schlug vor, alle Wohnhäuser auf zwei Geschosse plus Flachdach zu reduzieren. Um auf die 60 Wohneinheiten zu kommen, so Gamer, könne im Innenbereich auch über eine Reihenhausbebauung nachgedacht werden. Das gefiel Martin Goll (FDP) nicht. Reihenhäuser lehne seine Fraktion ab. Wenn auf die Staffelgeschosse verzichtet würde, betonte Karl Thumser (SPD), könne sich seine Fraktion dem CDU-Vorschlag anschließen. Michael Henninger vom Stadtbauamt berichtete, der Projektentwickler sei bereit, im vorderen Bereich entlang der Niederhofheimer Straße bei den Einfamilienhäusern und Doppelhaushälften aufs dritte Geschoss zu verzichten und die Häuser-Grundfläche zu vergrößern.

Kritisch betrachteten die Fraktionen auch die geplante Lärmschutzwand von 2 bis 2,80 Meter Höhe entlang der Straße am Ortseingang. „Die Bebauung wirkt wie kaserniert“, kritisierte Thumser.

Eine Stadteinfahrt sollte sich nicht hinter einer Wand verstecken, meinte Heiner Kappel (Freie Bürger für unsere Stadt), sondern Gesicht zeigen. Glücklich sei wohl niemand mit dieser Wand, stimmte Gamer zu, doch sie sei vorgeschrieben. Bei einer Bebauung ohne Lärmschutzwand hätte man sich mit den Häusern weit ins Plangebiet zurückziehen müssen. „Weniger wäre in dem Fall mehr gewesen“, ist FDP-Chefin Brigitte Hewel überzeugt. „Anstatt die Ortseinfahrt der Kurstadt mit Lärmschutzwänden zuzustellen, hätte es ein einfaches Mittel gegeben, wenn die Häuser weiter nach hinten gerückt wären.“ Ihre Fraktion wolle den Bau der neuen Reitanlage nicht torpedieren, sagte Hewel. Doch sie ärgere sich, dass die anfänglichen Planungen der Wohnbebauung immer weiter ausgeweitet worden seien. Positiv merkte Hewel an, dass das jetzige Gelände des Reitvereins an der Kronberger Straße von der Stadt nun „für eine bessere Nutzung zur Verfügung steht“.

Die Grünen lehnten den Kompromissvorschlag ab, da mit der Bebauung, wie Irmtrud Stafp feststellte, eine bedeutende Frischluftschneise zugebaut werde. Außerdem beeinträchtige das Projekt die Regionalparkroute, betonte Harald Fischer: „Das ist wie 'ne Kaserne, da fehlen nur noch die Schießscharten und 'ne Mauer.“ (kra)

2011851, FNP, 25.04.08, Words: 487, NO: 461065282E524B233000